Weiter gewühlt.

Agitation der Prohibitionsfanatiker.

„Naß" oder „trocken".

Der Kampagnefonds der Prohibitionisten, die in einzelnen Staaten eine ganz ungewöhnlich rührige Tätigkeit entwickeln, scheint sehr bedeutend zu sein. — In Kalifornien, wo in diesem Jahre über ein Prohibitionsamendement zur Staats-Konstitution abgestimmt werden soll, ist ein Fonds von einer Million aufgebracht worden, um das Amendement zu schlagen. — Ein interessantes Beispiel von Klassengesetzgebung in Kalifornien. — Champagner in Hotel, Wasser in Germania-Halle.

Philadelphia, Pa., 31. Jan. In denjenigen Staaten, in welchen noch nicht Prohibition oder „Local Option" eingeführt ist, entfaltet die „Anti-Saloon League" eine besonders rege Tätigkeit. Pennsylvanien und New York sollen trocken gelegt werden. Die Agitation der Liga hat dort bereits begonnen.

In Illinois werden die Prohibitionisten energische Anstrengungen machen, um in der nächsten Frühjahrswahl noch mehr Gebiet zu erobern. Es gibt in Illinois 189 Städte von je 2,000 Köpfen oder mehr. Davon sind 115 feucht mit einer Gesamtzahl von 3889 Wirtschaften. Alle diese werden geschlossen werden, wenn es auf die „Anti-Saloon-Liga" und ihren Anhang ankommt.

Unter den 20 Städten mit mehr als 10,000 Einwohnern, in welchen Optionwahlen im Frühjahr stattfinden werden und welche die Prohibitionisten zu erobern hoffen, befindet sich auch Belleville, das einst zu den deutschesten Gemeinwesen des ganzen Landes gezählt wurde. Mit Hilfe der Frauen sollen die Städte trocken gelegt werden, ein Beweis dafür, daß Frauenstimmrecht und Prohibition zusammengehen, und daß die Einführung des ersteren der letzteren den Boden vorbereitet.

Aus Maryland wird berichtet: „Die Prohibitionisten lassen kein Gras unter ihren Füßen wachsen. Die Gesetzesmühle in Annapolis ist kaum ordentlich im Gange, und schon sind mehrere prohibitionistische Vorlagen eingereicht worden. In dem „halbtrockenen" Ocean City im „ganz trockenen" Worcester County soll jetzt auch der Verkauf des leichten Getränks verboten werden, welches als „Near Beer" bekannt ist. Eine andere Bill ist darauf berechnet, in dem feucht-fröhlichen St. Mary's County, in welchem sich viele deutsche Farmer aus Kanada angesiedelt haben, den geheimen Suff einzuführen. Eine dritte Vorlage hat den Zweck, die beiden Wahldistrikte im westlichen Teile unseres Staates, in Garrett County, die noch „naß" sind, auch „trocken" zu legen.

In Kalifornien wird in diesem Jahre über ein Prohibitions-Amendement zur Verfassung des Staats abgestimmt werden. Die Fanatiker entfalten eine große Rührigkeit, aber auch die bedrohten Interessenten sind aufgewacht. Ueber eine Million Dollar sind von den vereinigten Engros-Spirituosenhändlern, Branntweinbrennern, Hopfen- und Gerstenbauern, Weinbauern und Wirten sowie verwandten Geschäftsinteressen aufgebracht worden, um durch eine großzügige Kampagne die Stimmgeber des Staates zu veranlassen, gegen das konstitutionelle Amendement zu stimmen, welches Prohibition im ganzen Staate anstrebt.

Um den Prohibitionisten entgegenzuwirken, hat der Deutschamerikanische Stadtverband von Los Angeles seinen Rechtsausschuß mit Ausarbeitung einer Gesetzvorlage betraut, welche im Falle der Einführung von Prohibition den in dem betreffenden Gewerbe interessierten Personen eine entsprechende Entschädigung sichert.

Bezeichnend für die Klassengesetzgebung im Staate Kalifornien ist nachstehende Notiz: „Laut Stadtratsbeschluß in Oakland, Kal., dürfen die „Oberen Vierhundert", die ihre Tänze im Hotel Oakland abhalten, geistige Getränke während des Tanzes genießen. In den Hallen, wo der Arbeiter und der Mittelstand seine Tänze abhält, ist dies verboten. Ein Gesetz für die Reichen, ein anderes für die Armen! Champagner im Hotel Oakland, Regenwasser in der Germania-Halle. Und das alles im Namen des Gesetzes und der Gerechtigkeit!"

Copperfield im Staate Oregon steht immer noch unter Kriegsrecht. Bekanntlich hatte die Privatsekretärin Gouverneur Wests, Frl. Fern Hobbs, dort die Wirtschaften geschlossen und das Eigentum von Wirten konfisziert. Ein Richter entschied, daß die Geschädigten Schadensansprüche anhängig machen könnten. An der Sache selbst wird nichts geändert. Fünf Milizsoldaten und ein vom Gouverneur ernanntes Stadtverwaltungs-Komitee wachen sürsorglich für das Wohlergehen der Stadt und der Handvoll Bürger und werden ihre Arbeit fortsetzen, bis Gouverneur West seinen Befehl aufhebt. Gouverneur West ist übrigens über seinen im Gericht errungenen Sieg ganz aus dem Häuschen und kündigte an, daß er in Zukunft mit halsstarrigen Stadtvätern und Wirtsleuten anderer Städte in derselben Weise verfahren würde.

Radio-aktive Stoffe.

Italiens Kultusminister verlangt Bewilligungen.

Für Universitäts-Kliniken.

München, 31. Jan. Das Kultusministerium hat an den bayerischen Landtag einen Antrag auf Bewilligung von 600,000 Mark zur Beschaffung von radio-aktiven Stoffen für die Kliniken der drei Landesuniversitäten gelangen lassen. In der Begründung wird mitgeteilt, daß die bayerische Unterrichtsverwaltung zur Prüfung der Frage im Oktober des vergangenen Jahres die Leiter der beteiligten Universitätskliniken zu einer Besprechung nach München berufen habe. In dieser sei die Anschauung vertreten worden, daß die Beschaffung radio-aktiver Stoffe im größeren Umfange für die Universitätskliniken sowohl im Interesse der wissenschaftlichen Forschungen als im Interesse der Heilbehandlung Kranker eine unbedingte Notwendigkeit sei. Diese Anschauung gründete sich vor allen Dingen auf die Erfahrungen, die namentlich in der Münchner Frauenklinik mit der Strahlenbehandlung des Krebses gemacht wurden. Die Münchner medizinische Fakultät kam in ihrem Gutachten zu dem Schluß, daß, wie heute schon unwiderleglich feststehe, die radioaktiven Stoffe das traurige Schicksal der Krebskranken außerordentlich günstig beeinflussen, da es mit ihnen gelinge, die Haupterscheinungen des Krebses so wirksam zu bekämpfen, wie dies durch keines der bisherigen Verfahren möglich war. Da ein Sinken der Preise für Radium und Mesothorium im Laufe der Zeit zu erwarten ist, soll mit der Anschaffung nur schrittweise, je nach Dringlichkeit, vorgegangen werden. Die Behandlung in den Kliniken soll nur insoweit unentgeltlich erfolgen, als es sich um Unbemittelte handelt; im übrigen ist beabsichtigt, für die Behandlung mit radio-aktiven Stoffen abgestufte Gebühren zu erheben, die so hoch zu bemessen wären, daß mit den Einnahmen die Verzinsung und Tilgung der aufgewendeten Summen in einem nicht zu langen Zeitraum erfolgen könnte. Diese Gebühren sollen in einen Hauptfonds fließen, dessen Mittel dazu zu dienen hätten, nach Maßgabe des Bedürfnisses weitere Mengen radio-aktiver Stoffe anzuschaffen.

— In Rom starb heute Kardinal Casimir Cennari.

— Bundessenator Kern hielt heute vor der Konvention der „United Mine Workers of America" in Indianapolis eine Rede.

Die Welfenführer.

Eine Antwort für preußischen Ministerpräsidenten.

Ansprüche nicht preisgegeben.

Berlin, 31. Jan. Die Welfen sind auf die Erklärung des Ministerpräsidenten im Abgeordnetenhause die Antwort nicht schuldig geblieben. An der Spitze der „Deutschen Volkszeitung" erläßt die deutsch-hannoversche Reichstagsfraktion eine geharnischte Erklärung gegen den preußischen Ministerpräsidenten, die folgendermaßen beginnt:

„Der Präsident des Preußischen Staatsministeriums, Herr von Bethmann Hollweg, hat in der Sitzung des Preußischen Abgeordnetenhauses am 13. Januar die Deutsch-Hannoversche Partei in den schärfsten Formen angegriffen. Da den Unterzeichneten vor diesem Forum eine Zurückweisung des Angriffs nicht möglich ist, erklären sie vor dem deutschen Volke was folgt: Kein Glied des Königshauses Braunschweig-Lüneburg hat seine Ansprüche auf Hannover preisgegeben — weder direkt noch indirekt. Die deutsch-hannoversche Partei nimmt das Recht für sich in Anspruch, diese Tatsache allen Verschleierungsversuchen gegenüber erneut festzustellen".

Der Rest der Erklärung ist ohne Belang. Er enthält die üblichen Redensarten von der völligen Unabhängigkeit der Welfenpartei vom Gmundener Hofe u. sagt dann weiter: „Die deutsch-hannoversche Partei hat von je anerkannt, daß die hohe Stellung eines deutschen Bundesfürsten es jederzeit unmöglich macht, sich in der Betätigung ihrer Bestrebungen auf den Fürsten zu berufen", und betont schließlich, daß die Welfen keine Staatsfeinde seien und nur für „christliches Recht, deutsche Monarchie und niedersächsische Stammesfreiheit fechten".

Nicht erledigt.

Wer soll Nachfolger v. Wedels werden?

Prinzen ermahnt.

Es wurde in Berlin behauptet, daß der Kaiser die Bewohner von Elsaß-Lothringen dadurch etwas versöhnlicher stimmen wolle, daß er den Prinzen Friedrich Wilhelm, den Sohn des verstorbenen Prinzen Albert von Preußen, zum Statthalter der Reichslande ernennen will. — Auch der vierte Sohn des deutschen Kaiserpaares, Prinz August Wilhelm, wird in Verbindung mit dem zu besetzenden Posten gebracht. — Veranlassung zum Rücktritt der gesamten Regierung von Elsaß-Lothringen.

Berlin, 31. Jan. Heute verbreitete sich hier das Gerücht, daß der deutsche Kaiser den Versuch machen wolle, die Bevölkerung der Reichslande dadurch etwas versöhnlicher zu stimmen, daß er einen Prinzen des kaiserlichen Hauses zum Statthalter ernennt. Als Erster wird Prinz Friedrich Wilhelm, der Sohn des verstorbenen Prinzen Albert von Preußen, in Vorschlag gebracht. Dieser ist mit allen Einzelheiten der Zivilverwaltung vertraut und augenblicklich Landrat des Kreises Kamenz, Schlesien. Außerdem wird auch der vierte Sohn des deutschen Kaiserpaares, Prinz August Wilhelm, mit dem Amt in Verbindung gebracht. Die letztere Vermutung findet aber keinen Glauben.

Berlin, 31. Jan. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" bestätigt heute offiziell die bereits mitgeteilte Nachricht, daß der Statthalter von Elsaß-Lothringen, Graf v. Wedel, Staatssekretär Freiherr Zorn v. Bulach, sowie die Unterstaatssekretäre Dr. Petri, Mandel und Köhler ihr Entlassungsgesuch erneuten. Des Kaisers Entscheidung wird in der nächsten Zeit erfolgen.

Das Publikum nimmt das Ereignis allgemein mit der größten Ruhe auf. Es erwartete sowieso einen gründlichen Kehraus in der reichsländischen Verwaltung. Die Organe der Rechten, bis zu denen der Mittelparteien, erkennen an, daß die Regierung der Reichslande gründlich abgewirtschaftet hat und eine völlige Erneuerung der Aemterbesetzung durchaus nötig ist.

Die linksliberalen Blätter lamentieren über einen vollständigen Sieg des Säbel-Regiments und der Militärpartei in den Reichslanden und bedauern zugleich den Abgang des persönlich beliebten Grafen Wedel. Es verlautet, daß der Graf schon früher seinen Rücktritt für den kommenden Herbst vereinbarte, wofür die Rücksichten auf Alter und Gesundheitszustand maßgebend waren. Die Vorkommnisse von Zabern aber und deren Nachspiele beschleunigten die Ausführung des gefaßten Entschlusses.

Die Veranlassung zum Rücktritt der gesamten Regierung von Elsaß-Lothringen war die Desavouierung, welche in der Entscheidung der Reichsregierung lag, gegen die Freisprüche von Reuter, Schad und Forstner keine Berufung einzulegen, womit die Zivilverwaltung preisgegeben wurde.

Die Frage der Nachfolge wird natürlich auf das eifrigste erörtert. Außer den Namen, die bisher mit dem Statthalterposten in Verbindung gebracht wurden, wird besonders der ehemalige preußische Finanzminister und jetzige Oberpräsident der Rheinprovinz, Freiherr Dr. v. Rheinbaben, genannt. General d. Inf. Freiherr v. Hoiningen gen. Huene, kommandierender General des vierzehnten Armeekorps in Karlsruhe, ist angeblich aus „dem Rennen" ausgeschieden.

Inzwischen hat der Landtag der Reichslande den Etat des Statthalters für Repräsentationszwecke, entgegen dem Vorschlag der Regierung, von zweihunderttausend Mark auf die Hälfte beschnitten.

Die Blätter der Rechten heben hervor, daß in Mülhausen, Elsaß, bei dem großen Zapfenstreich der Garnison an Kaisers Geburtstag der junge Pöbel das Militär verhöhnte und die Kapellen von vier Regimentern überschrie und überpfiff. Sie stellen anläßlich dessen die Frage: ob das nicht typisch sei und was die Polizei getan habe.

In Zabern verhandelt das Zivilgericht am siebzehnten Februar über eine Schadenersatzklage, welche der Fabrikarbeiter König gegen den vielgenannten Leutnant Freiherrn v. Forstner angestrengt hat. Forstner ist beschuldigt, die fünfzehn Jahre alte Tochter Königs verführt zu haben. Der Vater verlangt Zahlung von zweitausend Mark.

Gleichzeitig ist gegen Forstner ein Strafverfahren vor dem Militärgericht eingeleitet worden.

— Die von dem Flottendepartement angeordnete Untersuchung der Katastrophe des Dampfers „Monroe", bei der 41 Personen ihr Leben einbüßten, ist beendet. Das Resultat wird geheim gehalten.

Halbjährlicher Verkauf

Jetzt geht die Saison zu Ende und wir sehen uns genötigt alle Herbst- und Winter-Waren los zu schlagen um Platz für die neuen Sommerwaren zu machen. Deshalb werden wir alle unsere regulären Waren mit einem Abschag von 20 pro cent verkaufen

Obgleich noch gute Gelegenheit kommen wird, um schweres Zeug zu verkaufen, müssen wir doch jetzt schon unsere Tische und Schelfe entledigen für den Frühjahrs Gebrauch.

Seht weiter unten, wieviel Geld ihr auf unserem Verkauf sparen könnt

Fur Ausstattungen:

früherer Preis	$60.00	jetzt	48.00
„ „	40.00	„	32.00
„ „	25.00	„	20.00
„ „	15.00	„	12.00
„ „	10.00	„	8.00

Damen Wollkleider:

früherer Preis	$15.00	jetzt	12.00
„ „	12.00	„	9.00
„ „	10.00	„	8.00
„ „	8.00	„	6.00

Damen Kleider-Röcke:

fürherer Preis	$12.00	jetzt	$9.60
„ „	10.00	„	8.00
„ „	8.00	„	6.40
„ „	6.00	„	4.80
„ „	5.00	„	4.00

Damen, Misses und Kinder Mäntel:

früherer Preis	$75.00	jetzt	$60.00
„ „	55.00	„	44.00
„ „	35.00	„	28.00
„ „	30.00	„	24.00
„ „	30.00	„	16,00
„ „	15.00	„	12.00
„ „	10.00	„	8.00
„ „	5.00	„	4.00

Sweaters

früherer Preis	$7.00	jetzt	$5.60
„ „	6.00	„	4.80
„ „	5.00	„	4.00
„ „	4.00	„	3.20
„ „	3.00	„	2.40
„ „	2.00	„	1.60
„ „	1.25	„	1.

Dieser Verkauf umschließt alle Männer-Knaben und Kinder Anzüge und Ueberröcke und Winter Mützen

Kommt, ehe alles vergriffen ist.

A. C. & E. F. Filter

Dr. L. C. Bleick

Deutscher Arzt

Office zwischen dem Corner Drug Store und der Post Office.

Telephone 91

Nach einem Streite im Hause von Adolph Schuder in Great Falls, Mont., flüchtete dessen Nachbar Ladimer Chadek, als er sah, daß Schuder ein Gewehr holte. Schuder verfolgte den Chadek in einem Wagen und schoß auf ihn, bis der Mann um sein Leben lat. Darauf fesselte er ihn an Händen und Füßen und erklärte seinem 15jährigen Sohne Adolph und seiner Frau, die nachgelaufen war, daß er den Mann zu Tode schleifen werden. Der Sohn ergriff das Gewehr und erschoß den Vater. Bei dem Inquest gab er an, daß der Vater gedroht habe, auch die Mutter und ihn zu töten, weil sie ihn an der Ermordung Chadeks hindern wollten.

Wenn man gegen einen Menschen einen Groll hegt und vor hat, diesen einmal gelegentlich zu vermöbeln, so soll man sich wenigstens dessen Gesicht gut merken, damit man nicht an den Falschen gerät. George Henry aus Holcomb, Wis., hatte dieses außer Acht gelassen und so fiel er auf der Bahnstation in Jim Falls plötzlich über einen Mann her, den er für den Gewissen hielt. Als er seinen Irrtum bemerkte, war es leider zu spät, denn der Fremde, der sich natürlich wehrte, zog ein Messer und brachte Henry schwere Wunden am Arm und an der Brust bei. Hätten sich die Bahnbeamten nicht in den Streit gemischt, so hätte es Henry an den Kragen gehen können.

Superintendent Waldron von der Staatsversuchsstation in Dickinson, N. D., ist im Begriffe, zwei neue Gerstenarten zu entwickeln, durch deren Anbau er hofft, den jährlichen Ertrag an Gerste bedeutend erhöhen zu können. Diese Arten sind für die beiden westlichen Drittel des Staates ganz besonders gut geeignet, und Herr Waldron glaubt, daß durch Anbau dieser Sorten aus der derzeit dem Gerstenanbau gewidmeten Bodenfläche von 400,000 Acres ein um zwei Millionen Bushels größerer Ertrag erzielt werden könnte. Derzeit sind 1000 Bushels Samen vorhanden, welche im nächsten Frühjahr verwendet werden sollen, und dann wird genug Samen verfügbar sein, um diese Sorten ausschließlich anzubauen.

Zeit-gemäß!

Verbesserter Landbau Einführung beansprucht vollständige Buch- und moderne Geschäftsführung.
Eine Bankeinlage ist immer ein Teil eines solchen Planes.
Eine Bank ist immer mit der Zeit im Fortschritt und bedient seine Kunden in jedem Fach.

Farmers & Merchants State Bank

Die Bank an der Ecke

Kapital und Surplus $60,000

Depositors in dieser Bank sind durch den Depositors Guaranty Fund des Staates Nebraska geschützt.

M. H. Harm, Präsident — M. S. Weston, Vize-Präsident
P. A. Tulleys, Kassierer — C. T. Heckt, Hülfs-Kassierer

Der große 9 Cent Verkauf

ist nun zu Ende

und wir danken Euch alle für Eure liberale Unterstützung und hoffen, daß Ihr auch noch fernerhin kommt wenn Ihr etwas in unserer Linie haben wollt. Wir haben einen großen Vorrat an emallierte Waren, Glas- und Stein-Gut erhalten um unseren verkauften Vorrat zu ergänzen. Auch haben wir noch andere Bargains für Euch in Glas- Porzellan- Emallierte- Blech- und Stein Waren. Auch spezielle Zeugwaren

Valentines!

Oh ja! Wir haben die feinsten Sorten welche Ihr jemals gesehen habt von einem Cent aufwärts. Kommt und seht und treffe Eure Auswahl.

The Wonder Store

Max A. Moeller, Eigner.